27. November 1935
Kultur-Film Matinée
tag, 1. Dezember
Uhr vormittags
Einmalige
dervorführung
Im
nd der
0 Täler
Zauberreich
r Bernina
aubünden
Engadin
Tessin
Davos
ell, St.Moritz
oß Tarasp
nsturm an
Silser Seen
Bernina
lü - Rosegg
d Zupo
-Vorverkauf:
Täglich ab 4 Uhr
Ruf 41198
TANZ
Preis-Tanz-Turnier
Varieté
Uhr
rauen-
nittag
Eintritt
Pfeiffer
Ruf 41198
Linie 6
Ruf 41198
Chemnitzer Str. 41
Linie 6
TANZ
Preis-Tanz-Turnier

Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich **2,00 RM.** Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 42 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. **Einzelnummer 10 Rpf.,** außerhalb Groß-Dresdens **15 Rpf.**

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27951–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Nr. 277 × Donnerstag, 28. November 1935 43. Jahrgang

Kabinett Laval vorläufig gerettet

Militärmaßnahmen Japans in Nordchina – Regierungserfolge im brasilianischen Aufstand – Jugoslawische Kommunistenzentrale ausgehoben

Verwickeltes Kulissenspiel

Das Kabinett Laval scheint vorläufig gerettet zu sein. Der Sturz der Regierung sofort nach Zusammentritt der Kammer, der von einigen Kreisen bereits als unvermeidlich vorausgesagt wurde, ist fürs erste vermieden. Die Kammerfraktion der ausschlaggebenden linksbürgerlichen Partei, der Radikalsozialen, hat sich gestern nach einer Rede ihres Führers Herriot entschlossen, für die von der Regierung vorgeschlagene Tagesordnung, auf der nicht die Frage der Kampfbünde, sondern die der Finanzlage an erster Stelle steht, zu stimmen. Damit ist, falls die Fraktion der Radikalsozialen im entscheidenden Augenblick nicht wieder umfällt, der Plan Léon Blums, Laval mit Hilfe der „Volksfront" zu stürzen, vereitelt worden. Dafür suchen die Agitatoren der extremen Linken nunmehr den Kampf auf die Straße zu tragen, und ihre Zeitungen erfüllen Paris mit allen möglichen und unmöglichen Gerüchten über blutige Ereignisse am Tage des Kammerzusammentritts.

Der Entscheidung der Radikalsozialen ging ein ziemlich verwickeltes Kulissenspiel voraus. Die Linke wollte Laval keinesfalls über die Fragen des Budgets fallen lassen, denn dann wären alle etwaigen Folgen (Währungsverschlechterung usw.) auf ihr Haupt gekommen. Darum schob Léon Blum die Frage der faschistischen Verbände in den Vordergrund. Laval wieder wollte sich unter keinen Umständen wegen der faschistischen Verbände stürzen lassen, denn dann wäre er in Zukunft als „Freund der Faschisten" abgestempelt gewesen und hätte innenpolitisch seine ausgleichende Stellung in der Mitte verloren. Wenn der Sturz der Regierung unvermeidlich war, wollte Laval auf alle Fälle als Verteidiger des Franken und des französischen Sparkapitals fallen. Und diesen Gefallen wieder wollten ihm seine Gegner auf der Linken nicht tun. Deswegen schob Laval, wie es in Paris üblich ist, eine Formfrage in den Vordergrund. Er legte eine Tagesordnung vor, in der er zunächst die Beratung der Budgetfrage und erst anschließend die Diskussion über die sogenannten faschistischen Verbände verlangte. Er wäre dann über eine Frage der Prozedur gefallen. Er wäre aber gleichzeitig auch als Verteidiger gesunder Staatsfinanzen gestürzt.

Das Spiel ist ihm geglückt. Hauptsächlich deshalb, weil die aus Kommunisten, Sozialisten und Radikalsozialen bestehende „Volksfront" nicht in der Lage war, sich auf ein gemeinsames Programm oder ein gemeinsames Kabinett zu einigen. Außerdem scheute sich jeder der für den Eintritt in die Regierung in Frage kommenden Parlamentarier auf der Linken, das Erbe des Kabinetts Laval anzutreten, denn dann wäre er sofort vor die gleiche Aufgabe gestellt worden wie der bisherige Ministerpräsident, nämlich die Frage, wie die Staatsfinanzen zu sanieren seien. Und ohne sehr unliebsame Eingriffe in das Einkommen und Vermögen der Staatsbürger ist das natürlich nicht möglich. Das wäre aber eine sehr schlechte Parole für die im kommenden Jahre stattfindenden allgemeinen Kammerwahlen gewesen. So zog man seine Truppen im letzten Augenblick vorsichtig wieder zurück, und das Kabinett Laval wird, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, bis zum Ende der gegenwärtigen Sitzungsperiode im Amt bleiben.

Laval hat übrigens gestern in einer außerordentlich geschickten Rundfunkrede seine Politik verteidigt und vor allem erklärt, er werde, solange er im Amte bliebe, den Franken um keinen Preis abwerten. Zu diesem Zwecke aber müßten die von der Regierung getroffenen Sparmaßnahmen unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben. Diese Politik der Sanierung müsse durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande unterstützt werden. Als Gegenleistung garantiere er dem französischen Volke, daß „die Regierung die volle Verantwortung für die Aufrechterhaltung der republikanischen Einrichtungen übernehme". Dieser Hinweis läßt darauf schließen, daß Laval den Radikalsozialen die Zusicherungen gegeben hat, die Notverordnungen gegen die „faschistischen" Verbände scharf durchzuführen und gegebenenfalls weiter auszudehnen. Die Verbände gehen deswegen bereits, wie aus dem heutigen Bericht unsres Pariser Korrespondenten hervorgeht, mit der Absicht um, sich nach außen hin als parlamentarische Parteien zu organisieren, um diesen unter dem Druck der Linken beschlossenen Einschränkungsmaßnahmen zu entgehen.

Einschwenken der Radikalsozialen

Telegramm unsres Korrespondenten

H. **Paris**, 27. November

Aus der gestrigen Rundfunkrede Lavals wird heute in der Presse übereinstimmend an der Spitze der Satz zitiert,

daß Schicksal des Franken stehe zur Entscheidung.

In allen nur möglichen Variationen wird diese Erklärung abgewandelt, in dem Sinne natürlich, daß jede Regierungskrise vermieden werden müsse, um den Franken zu retten. In dieser Richtung hat sich übrigens auch Herriot gestern in der Fraktionssession der Radikalen Partei ausgesprochen. Es sei ganz unmöglich, erklärte er, daß die Kammer, die jetzt sechs Monate in den Ferien gewesen sei, ihre Arbeit mit einem Regierungssturz beginne. Er jedenfalls bekämpfe es bis aufs letzte, daß zwei Stunden nach dem Wiederzusammentritt des Parlaments die Regierung gestürzt wird. Er werde es deshalb nicht nur ablehnen, die Nachfolge Lavals zu übernehmen, sondern werde überhaupt nicht Mitglied der neuen Regierung werden. Weiter erklärte dann Herriot, daß die Radikale Partei unmöglich von den Marxisten Léon Blums ins Schlepptau genommen werden könnte. Es sei natürlich leicht, sich mit den Sozialisten über einen Sturz der Regierung zu einigen, aber fast unmöglich, sich mit ihnen über die Bildung einer neuen Regierung zu einigen. Unter dem Eindruck dieser Rede

erklärte sich die radikale Kammerfraktion bereit, für die Regierung zu stimmen

und entsprechend ihrem Wunsche zunächst nur die Finanzfragen zu behandeln. Dieser Beschluß wird heute selbst von Léon Blum als „die Rettung der Regierung Laval" angesehen. Selbst Léon Blum glaubt erklären zu müssen, daß Laval nunmehr wenigstens für die erste Fühlungnahme mit dem Parlament seines Sieges sicher sei. Aber deshalb werde die marxistische Partei ihren Kampf nicht aufgeben, fügt Léon Blum drohend hinzu. Was die kommunistisch-marxistische „Volksfront" am meisten erbittert, ist vor allem, daß Laval „sich mit der Währung identifiziere" und damit eine „üble Erpressung" begehe.

Gleichzeitig wird in sehr übler Weise gegen die Regierung gehetzt.

In sensationeller Aufmachung wird die Behauptung verbreitet, die Feuerkreuzler und die übrigen „faschistischen" Verbände hätten eine „Generalmobilmachung" aller ihrer Anhänger für den morgigen Donnerstag, den Tag der Wiedereröffnung des Parlaments, angeordnet. Sämtliche Anhänger der „faschistischen" Verbände sollten an diesem Tage in Paris erscheinen, um einen „Staatsstreich gegen das Parlament" zu unternehmen. Diese Anstrengungen, die sich u. a. vor allem im „Oeuvre" finden, dienen natürlich den Sozialisten und den Kommunisten nur dazu, um ihrerseits ihre Anhänger in der „roten Bannmeile" rund um Paris mobilzumachen.

In einigen Zeitungen wird übrigens mitgeteilt, die faschistischen Verbände gingen mit der Absicht um, sich in Zukunft in Form von politischen Parteien zu organisieren, um den eventuell bevorstehenden Regierungsmaßnahmen zu entgehen.

Eröffnung der „Deutschlandhalle" in Gegenwart des Führers

* **Berlin**, 27. November

Die Deutschlandhalle, deren Bau vor genau einem Jahr beschlossen wurde, wird am Freitagabend mit einer großen politischen Kundgebung in Gegenwart des Führers und der Reichsregierung eröffnet werden. Die Halle wird nicht nur sportlichen Zwecken dienen, sie wird als größter Versammlungsraum Deutschlands auch zu großen politischen Kundgebungen und Aufmärschen benutzt werden.

An der Eröffnungsfeier werden Abordnungen sämtlicher Gliederungen der Bewegung teilnehmen. Als politische Kundgebung des Gaues Groß-Berlin der NSDAP. wird sie einen besonders festlichen Charakter tragen. Gauleiter Dr. Goebbels wird die Kundgebung eröffnen. Anschließend nimmt der Führer das Wort.

Amerikas Neutralitätspolitik

Keine Rohstoffausfuhr über den normalen Friedensstand – Roosevelt lehnt „Blutgeld" ab

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 27. Nov. (Durch United Preß)

Die zuständigen Stellen des Staatsdepartements, die bereits wiederholt erklärt haben, daß die Bundesregierung ohne Rücksicht darauf, was England, Frankreich oder der Völkerbund an Sanktionsmaßnahmen durchführen würden, ihre Politik der „Nichtunterstützung kriegführender Staaten" weiter durchführen werde, erklärten heute, es sei beabsichtigt, auf Grund der bisherigen Erfahrungen sofort nach Wiederzusammentritt des Kongresses im Januar 1936 die Neutralitätsgesetzgebung noch weiter auszubauen, dabei aber zu versuchen, dem Präsidenten größere Freizügigkeit zu verschaffen, als ihm der letzte Neutralitätsbeschluß des Kongresses gewährte. Hauptziel der amerikanischen Neutralitätspolitik ist die

Beschränkung der Ausfuhr an kriegführende Staaten auf den normalen Friedensstand.

Die Vereinigten Staaten wollen — so erklärt man in Washington — nichts tun, was zu einer Verlängerung des Krieges führen könnte. Aus der Ueberlegung heraus, daß die Zivilbevölkerung der kriegführenden Länder nicht in Mitleidenschaft gezogen werden dürfe, würden die Vereinigten Staaten die Ausfuhr lebensnotwendiger Stoffe, die für den Alltagsbedarf benötigt würden, im Rahmen des normalen Friedensumfangs gestatten. Auf keinen Fall aber will man in Zukunft große Mengen von Rohstoffen nach Staaten ausführen, die in einen Krieg verwickelt seien,

Die Bundesregierung sehe in abnorm hohen Profiten aus dem Kriegshandel ein „Blutgeld"

und sie werde, soweit ihr ein direktes Verbot unmöglich sei, einen derartigen Ausfuhrhandel durch Kräften „entmutigen", um so mehr, als die Gefahr bestehe, daß Kriegsprofite bestimmter Industriezweige die Nation in einen Krieg verwickeln könnten. (Hierbei erinnert man sich wohl an die Umstände, die Amerika 1917 in den Krieg zogen. D. Schriftltg.) Auf der andern Seite lenkt man in Washington die Aufmerksamkeit darauf, daß die Politik der USA. zwar gemeinsame Züge mit der des Völkerbundes aufweise, aber doch auch erhebliche Unterschiede aufweise: 1. Hätten die USA. keine Nation zum Angreifer erklärt. 2. Hätten die USA. niemals versucht, irgendeine der kriegführenden Parteien zu unterstützen. 3. Hätten sie keinerlei Schritte zur Beschränkung der Einfuhr aus den kriegführenden Staaten unternommen. 4. Hätten sie nicht in das „normale Handelsfeld" eingegriffen, sondern nur auf dem engen Gebiet der Ausfuhr von Kriegsmaterial und Munition. 5. Hätten sie keine kollektiven oder zweiseitigen Verhandlungen über den Abschluß von Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung gegen kriegführende Staaten geführt.

Vorstoß in Englands Interessengebiet?

Die Frage des Tanasees – Um die Verschärfung der Sanktionen

Telegramm unsres Korrespondenten

A. **London**, 27. November

Die gegenwärtig in Gang befindlichen diplomatischen Besprechungen werden, wenn man die in Londoner politischen Kreisen erörterten Tatsachen als richtig unterstellt, von militärischen Maßnahmen der Italiener begleitet, die, von England aus gesehen, in allerkürzester Frist eine Wendung zum Schlimmeren mit sich bringen müßten. Der italienische Botschafter in London, Grandi, hatte gestern nachmittag im Foreign Office eine längere Unterredung mit Sir Samuel Hoare. Was während dieses Besuchs besprochen wurde, ist bis jetzt unbekannt. Nur der „Daily Telegraph" will (wahrscheinlich über seine Pariser Redaktion, die bekanntlich in den Händen von Pertinax liegt) wissen, daß

Italien unter Umständen beabsichtige, in das Gebiet des Tanasees vorzustoßen,

das von England ängstlich als seine Interessenzone gehütet wird. Denn dort liegen die Quellen des Negyptens und den Sudan befruchtenden Nilwassers. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet weiterhin, Marschall Badoglio, der jetzt die Nachfolge Marschall de Bonos in der Führung der italienischen Truppen antritt, habe die Anweisung erhalten, an der Nordfront auf der ganzen Linie zur Offensive überzugehen. Auf die Grenzen der britischen Interessenzone könne dabei keine Rücksicht genommen werden. Man wird abwarten müssen, ob dieser angeblich römische Plan in der oben dargestellten Form den Tatsachen entspricht. Im Laufe des gestrigen Tages trat der sogenannte

Verteidigungsausschuß des englischen Kabinetts

zusammen. Im Mittelpunkt seiner Beratung stand der italienisch-abessinische Konflikt und die Frage der Sanktionen. Die gestern vom „Daily Telegraph" verbreitete Meldung, Baldwin habe sich in Form eines Briefs an Mussolini gewandt, wird von amtlicher Stelle dementiert, nicht aber die Tatsache, daß England über seine britische Botschaft erneut in direkte Verhandlungen mit Rom eingetreten ist. Ob diese Verhandlungen Aussichten auf Erfolg haben, ist natürlich eine andre Sache, da sowohl Italien wie auch England ihren bisherigen Standpunkt nicht im geringsten aufgegeben haben. Trotz dieser erneuten römischen Fühlungnahme geht

die Vorbereitung einer Verschärfung der Sanktionen

weiter. Es ist nicht ohne politisches Interesse, daß heute morgen selbst ein Blatt wie „Daily Mail", das sich gerade in den letzten Wochen mit ungewöhnlicher Schärfe gegen die englische Sanktionspolitik und für Italien eingesetzt hat, damit rechnet, daß England in der Frage eines Ausfuhrverbots für Petroleum energisch weitergehen wird. Und die „Times" erinnern heute morgen noch einmal ausdrücklich daran, daß die englische Zustimmung zur Vertagung des Sanktionenausschusses nur für den Augenblick gelte und die Vertagung nicht auf unbestimmte Zeit möglich sei.

Abessinische Siegesmeldung

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Addis Abeba, 27. November. (United Preß)

Berichte von der Südfront melden die Räumung von Gerlogubi und Gorahai durch die italienischen Truppen, die vollzogen worden sei, nachdem die Italiener durch starke abessinische Streitkräfte angegriffen worden seien. Die Italiener seien nach Ualual und Wardar geflohen und hätten sich erst in den dortigen sehr stark befestigten Stellungen wieder gesammelt. Die abessinischen Truppen hätten bei ihrem siegreichen Vormarsch eine Anzahl von Lastkraftwagen aufgefunden, die mit toten italienischen Soldaten beladen gewesen seien. Man ist hier überzeugt davon, daß im Süden ein ganz großer Sieg erfochten worden sei, und erklärt, der italienische General Graziani habe die mühselig errungenen Früchte seines 55tägigen Feldzuges sämtlich wieder verloren.

*

In den Wochen seit Beginn des abessinischen Krieges ist kaum ein Tag vergangen, an dem nicht Meldungen über Schlachten und Siege eingetroffen wären. Es hat sich dann fast jedesmal herausgestellt, daß in Wirklichkeit so gut wie nichts geschehen war. Man muß auf Grund dieser Erfahrungen auch die vorstehende Siegesmeldung aus Addis Abeba mit allergrößter Zurückhaltung aufnehmen. Es liegt im übrigen auch bereits ein Dementi aus Rom vor, in dem außerdem noch betont wird, daß auch die vor einigen Tagen verbreitete Meldung über die Erbeutung von 24 italienischen Tanks „jeder Grundlage entbehre". Die Italiener gehen sogar noch weiter und melden in ihrem Heeresbericht ein siegreiches Gefecht am Westflügel der Somalifront, 100 Kilometer nördlich von Dolo, wo die Abessinier 100 Tote eingebüßt haben sollen. Daß die Italiener an dieser Stelle so weit vorgedrungen sein sollen, war bisher noch nicht bekannt. Auf die Dauer wird sich ja die Wahrheit über